

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Margarete Bause, Kai Gehring, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**– Drucksache 19/5404 –**

### **Zum Einsatz der Bundesregierung zugunsten von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern**

#### **Vorbemerkung der Fragesteller**

Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger (im Folgenden: MRV) setzen sich – oft unter schwierigsten Bedingungen und großen Gefährdungen – in ihren Ländern für die Stärkung der Menschenrechte ein. Dabei werden sie immer wieder Opfer von Verhaftungen, Repressalien, Gewalt, Verschwindenlassen, Folter und Mord.

Seit Jahren wird weltweit das Phänomen von „Shrinking Spaces“ beklagt, die zunehmende Einschränkung des (öffentlichen) Raumes, in dem MRV sowie soziale und politische Bewegungen agieren können. Dieser Trend schlägt sich z. B. in repressiven Gesetzen nieder, die die Arbeitsbedingungen von Nichtregierungsorganisationen erschweren (und dann womöglich als Basis für die strafrechtliche Verfolgung ihrer Mitglieder dienen), in vielfältigen Einschränkungen der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, in Berufsverboten, in der Einschränkung der Arbeit politischer Parteien oder in konkreten Maßnahmen gegen einzelne MRV. Diese Entwicklung ist zunehmend auch in Staaten zu beobachten, die als Demokratien bzw. rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet gelten. Im EU-Mitgliedsland Ungarn zum Beispiel „stigmatisiert die Regierung von Viktor Orbán zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich kritisch über sie äußern, als ‚ausländische Agenten‘“, kritisierte der Generalsekretär von Amnesty International Deutschland, Markus N. Beeko, im Februar 2018 ([www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/amnesty-international-report-201718-regierungen-muessen-sich-politik-der](http://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/amnesty-international-report-201718-regierungen-muessen-sich-politik-der)).

Wer Kritik an Regierungen übe oder über Menschenrechtsverletzungen berichte, werde „vielfach selbst zur Zielscheibe“, beklagt Amnesty International im jüngsten Jahresbericht. Die Organisation habe „im vergangenen Jahr beobachten müssen, wie Journalisten, Gewerkschafter, Anwälte und andere, die sich für die Menschenrechte einsetzen, vermehrt bedroht, verfolgt und getötet wurden. Insgesamt wurden im Jahr 2017 weltweit mindestens 312 Menschen wegen ihres friedlichen Einsatzes für die Menschenrechte getötet.“ Laut der Organisation Global Witness war 2017 das tödlichste Jahr für MRV in den Bereichen Umweltschutz und Landrechtsverletzungen weltweit seit dem Beginn ihrer



Dokumentation ([www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/at-what-cost/](http://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/at-what-cost/)). Demnach wurden im Jahr 2017 weltweit mindestens 207 MRV, die sich gegen Landrechtsverletzungen und Umweltzerstörung einsetzten, getötet, oft in Folge von Konflikten im Agrar- und Bergbausektor. Im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) kündigt die Bundesregierung an, ihr Engagement für den Schutz von MRV bei der Umsetzung der VN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte gezielt zu verstärken.

Insbesondere die Nichtverfolgung von Straftaten gegen MRV (Straflosigkeit) trägt zu deren Gefährdung bei. Politische Opposition gegen private Unternehmen wird vielerorts immer riskanter. Vor allem engagierte Aktivistinnen und Aktivisten, die politisch mobilisieren und Widerstand gegen landnutzungsintensive Wirtschaftsformen wie industrielle Landwirtschaft leisten, werden immer häufiger Ziel von Übergriffen auch durch private Akteure. Regierungen schützen ihre Bürgerinnen und Bürger häufig nicht und verzichten sogar auf systematisch darauf, Übergriffe zu verfolgen. Dabei sind Staaten nicht nur selbst völkerrechtlich dazu verpflichtet, Menschenrechte nicht zu verletzen, sondern sie müssen deren aktiven Schutz gewährleisten und fördern.

Dabei ist die Unterstützung von MRV ein wesentliches Element der internationalen und nationalen Politik. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen erließ 1998 die Erklärung zum Schutz von MRV ([www.ohchr.org/Documents/Issues/Defenders/Declaration/DeklarationGerman.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/Issues/Defenders/Declaration/DeklarationGerman.pdf)). Danach hat jeder Mensch das Recht, „[...] einzeln wie auch in Gemeinschaft mit anderen, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu fördern und darauf hinzuwirken“. Dem Begriff von MRV liegt ein weites Verständnis zu Grunde, ihr Einsatz fußt auf der Universalität der Menschenrechte und muss gewaltfrei erfolgen. Er bezieht sich allein auf den Einsatz für den Schutz von Menschen und ihren Rechten.

Im Juni 2004 beschloss die Europäische Union eine Reihe von Leitlinien („Guidelines“) zum Umgang mit und zur Stärkung von MRV im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außenpolitik – ein praktischer Leitfaden, um die Aktivitäten der EU in diesem Bereich zu verbessern. Diese 2008 aktualisierten Leitlinien sollen den EU-Vertretungen weltweit (den Botschaften und Konsulaten der EU-Mitgliedstaaten und Delegationen der Europäischen Union) in ihrer Unterstützung von MRV dienen. Deren Schutz sowie die Förderung ist darüber hinaus Bestandteil des zweiten Aktionsplans für Menschenrechte und Demokratie der EU für den Zeitraum 2015 bis 2019. Auch die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) erließ Richtlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern.

Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beschäftigen sich stetig mit der weltweiten Lage von MRV und veröffentlichen Berichte durch ihre Sonderberichterstatter (VN), Menschenrechtskommissare (Europarat) und das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (OSZE). Diese Berichte sind wertvolle Quellen, um das Ausmaß der Bedrohung von MRV weltweit zu erfassen.

Der Schutz von MRV ist auch ein zentraler Bestandteil der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und war eine der Prioritäten der letzten Aktionspläne Menschenrechte der Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 7. Februar 2018 heißt es: „Wir wenden uns entschlossen gegen die zunehmende und gezielte Einschränkung von Zivilgesellschaften („Shrinking Spaces“), die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.“ Und an anderer Stelle: „Die Menschenrechtsschutzmechanismen auf der Ebene der Vereinten Nationen, der Europäischen Union sowie des Europarates wollen wir konsequent stärken.“



14 Jahre nach Verabschiedung der Leitlinien stellt sich die Frage, wie erfolgreich diese bisher umgesetzt wurden. Ohne Zweifel gibt es weiterhin großen Handlungsbedarf, um effektiven Schutz und eine wirkmächtige Unterstützung von MRV in Deutschland und weltweit umzusetzen. Nichtregierungsorganisationen weisen schon seit längerem auf die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung einzelner Maßnahmen auf europäischer Ebene hin. Auch die besondere Situation bedürftiger und marginalisierter MRV werde bisher noch zu wenig beachtet. Generell mangle es den Leitlinien an Bekanntheit, so fehlten den MRV vor Ort oft Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Botschaften bzw. Vertretungen. Die Leitlinien seien nur selten in lokale Sprachen übersetzt und MRV nur ungenügend in deren Umsetzung einbezogen worden ([www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-regierungen-muessen-menschenrechtsverteidiger-besser-schuetzen](http://www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-regierungen-muessen-menschenrechtsverteidiger-besser-schuetzen); [www.hrw.org/news/2018/09/07/750-organizations-highlight-vital-role-un-high-commissioner-calling-out-violators](http://www.hrw.org/news/2018/09/07/750-organizations-highlight-vital-role-un-high-commissioner-calling-out-violators)).

1. Welche Ansätze hat die Bundesregierung, um die Arbeit und den Schutz von MRV zu fördern?

Die Bundesregierung setzt sich weltweit für die Achtung und Förderung der Menschenrechte ein. Dabei verfolgt sie folgende Ansätze:

- Der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern ist Bestandteil des „Aktionsplans Menschenrechte“ der Bundesregierung. Zur Umsetzung des Aktionsplans unterstützt die Bundesregierung regelmäßig zahlreiche Projekte von und für Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger.
- Ein weiterer Mechanismus zur Förderung der Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern ist die Umsetzung der Leitlinien der Europäischen Union (EU) zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern, die entwickelt wurden, um die Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern weltweit nachhaltig zu verbessern. Die EU-Leitlinien stellen dar, wie EU-Mitgliedstaaten Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger schützen können und wie der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern in alle Bereiche der EU-Außenpolitik integriert werden kann.
- In den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ formuliert die Bundesregierung die Unterstützung und den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern als festen Bestandteil ihrer Politik zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung. Die Bundesregierung spricht die Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern regelmäßig in internationalen Foren an und setzt sich dafür ein, dass Repressalien gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger geahndet werden.



- Mit dem Menschenrechtskonzept (BMZ; 2011) richtet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutsche Entwicklungspolitik systematisch an Menschenrechten aus und unterstützt Partnerländer, ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen umzusetzen. Im Politikdialog mit Partnerländern werden Menschenrechtsverletzungen thematisiert, die entwicklungs- und gesellschaftspolitische Relevanz des Themas verdeutlicht und für Lösungen geworben. Ein weiterer Ansatz zur Stärkung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern ist die Öffentlichkeitsarbeit. Um die Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen und ihre Arbeit zu unterstützen, wird beispielsweise seit 2016 der deutsch-französische Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verliehen. Jährlich zeichnen die deutschen und französischen Außenministerien 15 Preisträgerinnen und Preisträger weltweit für ihr Engagement aus.
- Schließlich unterstützt die Bundesregierung viele Projekte zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern. Seit 2011 veranstaltet die Bundesregierung zum Beispiel jährlich Regionalseminare für Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger in verschiedenen Regionen. Das letzte Regionalseminar fand Anfang September 2018 für die Region Naher und Mittlerer Osten sowie Golfstaaten in Jordanien statt.

2. Welche Ressorts sind an der Erarbeitung dieser Ansätze beteiligt?

Der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern ist der gesamten Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Die genannten Ansätze und Aktivitäten wurden durch das Auswärtige Amt und das BMZ ausgearbeitet. Auch andere Ressorts sind in ihren Auslandsbeziehungen unmittelbar mit Fragen des Schutzes von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern befasst, so zum Beispiel das Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz in den von diesem Ressort durchgeführten Rechtsstaatsdialogen.

3. Wie werden nach Kenntnis der Bundesregierung MRV und ihre Organisationen vor Ort bei der Ausgestaltung von Maßnahmen und Strategien zum Schutz und zur Unterstützung von MRV einbezogen?

Maßnahmen, die der Stärkung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern und ihren Organisationen dienen, werden wo immer möglich partizipativ und in Kooperation mit den Organisationen geplant und umgesetzt. Die Einbeziehung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern und zivilgesellschaftlichen Organisationen erfolgt insbesondere durch die Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern. Die Leitlinien sehen den Aufbau und die Pflege systematischer Kontakte zu Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern vor, sowie eine konkrete Unterstützung vor Ort und die Förderung von Netzwerken. In diesem Rahmen trägt die Bundesregierung zu einem Austausch mit Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern bei und hält engen Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Akteuren. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung zahlreiche Projekte zum Schutz und zur Förderung der Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern in vielen Ländern, unter anderem im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Dabei steht die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure im Mittelpunkt.



4. Wie viele deutsche Auslandsvertretungen verfügen über besonders geschultes Personal in Menschenrechtsbelangen bzw. über Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für MRV bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen?

Wie hoch ist der Anteil der Auslandsvertretungen mit Vollzeitstellen, die sich dem Thema Menschenrechte widmen, und wie hoch ist der Anteil der Auslandsvertretungen, in denen das Thema Menschenrechte lediglich einen Teil der Arbeit der zuständigen Referentinnen und Referenten ausmacht?

An den Auslandsvertretungen sind meist mehrere Referentinnen und Referenten mit dem Thema Menschenrechte befasst, wobei die Federführung und Koordinierung des Themas zumeist bei den für die Innenpolitik des Gastlands zuständigen Referentinnen und Referenten liegt. Vielerorts legen sie den thematischen Schwerpunkt auf dieses Dossier und sind im Regelfall erste Ansprechpartner für Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger und zivilgesellschaftliche Organisationen an der Vertretung. Daneben sind auch Kolleginnen und Kollegen aus den Bereichen Rechts- und Konsularwesen sowie Wirtschafts-, Kultur-, Flucht- und Migrations-, Außen- und Sozialpolitik mit menschenrechtsrelevanten Fragen befasst. Üblicherweise haben die federführenden Referentinnen und Referenten die Ausbildung für den höheren auswärtigen Dienst durchlaufen, zu deren elementaren Inhalten auch völkerrechtliche Fragen einschließlich des Menschenrechtsschutzes gehören. Auf die Antwort zu Frage 14 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

5. Welche Ansätze zur Stärkung und Unterstützung von MRV haben sich aus Sicht der Bundesregierung besonders bewährt?

Wo liegen die größten Herausforderungen bei der Umsetzung dieser Ansätze?

Aus Sicht der Bundesregierung muss die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern auf verschiedenen Ebenen ansetzen: So werden politische, rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen gefördert, die für das freie und unabhängige Wirken zivilgesellschaftlicher Menschenrechtsorganisationen notwendig sind. Hierzu gehören unter anderem die Förderung des Zugangs zu Recht und Justiz, die Ausgestaltung partizipativer Planungs- und Entscheidungsprozesse auf nationaler und dezentraler Ebene und die Förderung von Transparenz und Rechenschaftslegung staatlichen Handelns wie auch des Zugangs zu Information.

Die Nutzung der politischen Öffentlichkeit und Medienaufmerksamkeit haben sich als effektiv erwiesen, während im Einzelfall allerdings mitunter nur die vertrauliche Ansprache von Anliegen Erfolg zugunsten von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern verspricht und deren Sicherheit gewährleistet.

Zudem stärken entwicklungspolitische Maßnahmen zivilgesellschaftliche Menschenrechtsorganisationen in ihrer Organisationsentwicklung sowie ihren fachlichen Kapazitäten und unterstützen ihre Aktivitäten zur Beobachtung der Menschenrechtslage und zur Einforderung von Menschenrechten. Grundsätzlich wird bei Maßnahmen zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Sinne des „Do-no-harm“-Prinzips sorgfältig darauf geachtet, einzelne Personen nicht zu exponieren und nicht in Gefahr zu bringen.



Die Herausforderungen bei der Umsetzung dieser Maßnahmen liegen – je nach Länderkontext – unter anderem in dem von mangelndem Vertrauen geprägten Verhältnis staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure zueinander und in weitergehenden Einschränkungen der Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern.

6. Wie viele Mittel hat die Bundesregierung (bitte nach Ressorts aufschlüsseln) in den Jahren 2014, 2015, 2016 und 2017 für den Schutz und die Förderung der Arbeit von MRV ausgegeben?

Eine Aufschlüsselung der Mittel des Auswärtigen Amts, die ausdrücklich bzw. ausschließlich für den Schutz und die Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern ausgegeben wurden, kann nicht erfolgen, da die Projekte vor allem nach Themen und Ländern ausgewählt und erfasst werden und insgesamt der Unterstützung von Vorhaben engagierter Menschenrechtsorganisationen dienen. Die Vergabe der Mittel erfolgt überwiegend an zivilgesellschaftliche Organisationen mit dem Ziel, die inhaltlichen und organisatorischen Kapazitäten der Projektpartner im Ausland zu stärken und den Wirkungsraum für zivilgesellschaftliches Engagement im Menschenrechtsbereich zu erhalten und zu erweitern. Dabei können die vom Auswärtigen Amt geförderten Projekte auch eine Schutzfunktion für die Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger, die an der Umsetzung der Projekte beteiligt sind, entfalten. Auch die Mittel, die für Projekte des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) verwendet wurden, enthalten teilweise Maßnahmen, die Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern direkt zu Gute kommen, wie etwa Ausbildungsmaßnahmen.

Zahlreiche Vorhaben der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit leisten Beiträge zur Förderung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern und ihren Organisationen. Hierzu zählen neben einigen spezifischen Menschenrechtsvorhaben, deren Fokus auf der Stärkung von Menschenrechtsorganisationen und -institutionen liegt, auch Vorhaben, die im Rahmen der Querschnittsverankerung von Menschenrechten zivilgesellschaftliche Organisationen fördern. Die für Maßnahmen zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Menschenrechtsorganisationen aufgewandten finanziellen Mittel werden statistisch nicht separat im System der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)/des „Development Assistance Committee“ (DAC) erfasst.

Die Bundesregierung hat Mittel für die Förderung der Menschenrechte wie folgt erhalten und ausgegeben (Hinweis für BMZ: Die Übersicht bezieht sich auf Mittel der kirchlichen und privaten Träger sowie Maßnahmen des Zivilen Friedensdienstes):

<b>Ressort</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
AA	5.397.787,84 €	4.247.270,68 €	5.957.882,66 €	6.588.168,85 €
BMZ	5.804.022,00 €	6.425.385,00 €	7.031.630,00 €	9.318.659,00 €

Für eine Auflistung der unterstützten Projekte wird auf die Antwort zu Frage 10 sowie Anlage 1 verwiesen.



7. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung für den Schutz von MRV im digitalen Raum ein?

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Auswirkung von zum Teil in Deutschland produzierter Überwachungstechnologie auf den Schutz und die Sicherheit einzelner MRV in Drittstaaten?

Im Mittelpunkt des Einsatzes der Bundesregierung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern im digitalen Raum steht das deutsche Engagement im Rahmen der 2011 gegründeten „Freedom Online Coalition“ (FOC). Die FOC, der 30 Staaten angehören, setzt sich außenpolitisch für Menschenrechte im Internet ein. Sie wendet sich mit ihrem Einsatz für den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit, Privatheit und Versammlungsfreiheit insbesondere gegen autoritäre Regierungen, die mit zunehmender staatlicher Kontrolle und Überwachung auf das Entstehen neuer Freiräume im Internet reagiert haben. Seit 2012 hat die FOC 15 gemeinsame Erklärungen herausgegeben und damit Referenzpunkte auch für andere Staaten gesetzt, wie etwa zuletzt mit der Erklärung „Zensur im Internet“ aus dem Mai 2018. Im Übrigen haben sich die Mitgliedstaaten der FOC verpflichtet, beim Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit, Privatheit und Versammlungsfreiheit selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Auch koordinieren sich die FOC-Mitgliedstaaten vor internationalen Verhandlungen, um den Menschenrechtsschutz im Internet multilateral zu stärken. Deutschland hat 2018 den Vorsitz der FOC übernommen und richtet vom 28. bis 30. November 2018 die jährliche Konferenz der FOC in Berlin aus.

Darüber hinaus bringt Deutschland gemeinsam mit Brasilien und weiteren Staaten seit 2013 Resolutionen zum Schutz der Privatheit im digitalen Zeitalter in die VN-Generalversammlung und in den VN-Menschenrechtsrat ein. In den Resolutionen setzt sich Deutschland unter anderem für deutliche Sprache zu Zivilgesellschaft ein in dem Verständnis, dass Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger in besonderer Weise von Überwachungsmaßnahmen behindert und in vielen Fällen bedroht sind. Auch die von anderen Staaten in diesem Themenbereich eingebrachten Resolutionen unterstützt Deutschland, etwa die von Norwegen regelmäßig in den VN-Menschenrechtsrat und die VN-Generalversammlung eingebrachte Resolution zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern.

Zu etwaigen Auswirkungen von zum Teil in Deutschland produzierter Überwachungstechnologie auf den Schutz und die Sicherheit einzelner Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger in Drittstaaten liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Allerdings unterliegt die Ausfuhr derartiger Güter grundsätzlich einer Exportkontrolle, bei der die Menschenrechtssituation im Bestimmungsland eine wichtige Rolle spielt. Die Bundesregierung setzt sich auch auf europäischer Ebene für die Berücksichtigung von Menschenrechtsaspekten im sensiblen Bereich der Exporte von Überwachungstechnik und -software ein, für die in Deutschland bereits im Jahr 2015 eine restriktive nationale Regelung durch eine Änderung der Außenwirtschaftsverordnung eingeführt wurde.



8. a) Wie viele Mittel gaben nach Kenntnis der Bundesregierung Staaten weltweit im Durchschnitt seit 1. Januar 2016 spezifisch für den Schutz vor digitaler Überwachung aus?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

- b) Wie viele Mittel hat die Bundesregierung seit 1. Januar 2016 spezifisch für den Schutz vor digitaler Überwachung verausgabt?

Die Bundesregierung führt keine Übersichten über Haushaltsmittel zum Schutz vor digitaler Überwachung. Der Themenbereich „Schutz vor digitaler Überwachung“ ist derart allgemein, dass hierzu keine Übersichten erstellt werden können.

9. Wie viele Mittel des Bundes flossen in diesen Jahren in Fonds, wie z. B. das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR)?

Die EU-Förderung von Menschenrechtsverteidigern in Drittstaaten wird im laufenden Mehrjährigen Finanzrahmen (2014 – 2020) durch das „European Instrument for Democracy & Human Rights“ (EIDHR) umgesetzt. Hierüber werden auch verschiedene Maßnahmen für die Zivilgesellschaft gefördert. Das Gesamtbudget des EIDHR für den Zeitraum von 2014 bis 2020 beläuft sich auf 1 333 Mrd. Euro. Deutschland ist durch seinen Finanzierungsanteil am EU-Haushalt an der Finanzierung dieses Fonds beteiligt, der deutsche Anteil daran beträgt circa 21 Prozent.

10. In welchen Ländern unterstützte die Bundesregierung in den Jahren 2014 bis 2017 den Schutz und die Arbeit von MRV und zivilgesellschaftlichen Organisationen (bitte nach Jahr, Summen und Themen aufschlüsseln)?

Das Auswärtige Amt unterstützt mit den zur Verfügung stehenden Mitteln circa 140 Projekte im Jahr weltweit zu einer Vielzahl wichtiger Themen mit Menschenrechtsbezug wie: Behindertenrechte, Flucht und Migration, Folter und Haftbedingungen, Frauenrechte und Genderfragen, Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates, Indigenen-Rechte, Justiz/Rechtsstaatlichkeit, Kinderrechte, LGBTI, Menschenhandel, Rechte Älterer, Presse und Meinungsfreiheit, Privatsphäre, Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten, Religionsfreiheit, Stärkung der VN-Menschenrechtsgremien, Todesstrafe, Verschwindenlassen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Themen sollen möglichst umfassend sowohl inhaltlich als auch regional abgedeckt werden. Eine Auflistung von Projekten, die ausdrücklich bzw. ausschließlich auf den Schutz und die Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern abzielen, kann aus den in der Antwort zu Frage 6 genannten Gründen nicht erfolgen.

Eine einzelne Auflistung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit nach Jahr, Summen und Themen ist aus den in der Antwort zu Frage 6 genannten Gründen nicht möglich. Die deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt in zahlreichen Ländern die Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern sowie zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen. Dies erfolgt weltweit im Rahmen von Menschenrechts- und Governance-Vorhaben. Darüber hinaus wird die Arbeit zivilgesellschaftlicher Menschenrechtsorganisationen auch in Vorhaben anderer Sektoren gefördert, wie beispielsweise in Vorhaben zu Landmanagement (etwa in der Mekongregion, Laos) oder im Gesundheitssektor. Auch Projekte des Zivilen Friedensdienstes der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)



unterstützen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger und zivilgesellschaftliche Menschenrechtsorganisationen unter anderem in Guatemala, Kenia, Nepal und den Philippinen. In der Anlage 1 sind auch einzelne Maßnahmen aufgelistet, die über kirchliche und private Träger sowie den Zivilen Friedensdienst finanziert werden.

Entsprechende von Auswärtigem Amt und BMZ geförderte Projekte im Menschenrechtsbereich sind in Anlage 1 aufgeführt.

11. Welche Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Arbeit von MRV hat die Bundesregierung bereits ergriffen, und welche Maßnahmen plant sie bis zum Ende der Laufzeit des NAP (bitte nach Jahr, Art der Maßnahme und Summe aufschlüsseln)?

Wie im Aktionsplan Menschenrechte der Bundesregierung 2017 – 2018 festgelegt, hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um der zunehmenden Einschränkung des Handlungsspielraums für die Zivilgesellschaft entgegenzuwirken und neue Handlungsspielräume zu schaffen, zum Beispiel durch das offene Ansprechen des Problems von „shrinking spaces“ für die Zivilgesellschaft gegenüber anderen Staaten, durch einen engen Dialog und Austausch mit der Zivilgesellschaft, durch gezielte Projektförderung sowie durch das Ansprechen von Repressalien gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger im Menschenrechtsrat und anderen internationalen Foren. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 6 verwiesen.

12. Welche Mechanismen und Strategien zum Schutz von MRV hat die Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Ländern entwickelt, in denen die Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft und MRV stark eingeschränkt sind bzw. werden (Shrinking Spaces)?

Wie wirksam sind diese aus Sicht der Bundesregierung?

Die Bundesregierung spricht die Situation von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern sowie die zunehmende Einschränkung des Handlungsspielraums für Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger regelmäßig in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Staaten an. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

13. Gab es eine systematische Evaluation der Maßnahmen?

Alle Maßnahmen werden einer Erfolgskontrolle gemäß Nummer 11a der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) unterzogen.

14. Welche Rolle spielt der Schutz von MRV in der Aus- und Fortbildung im Auswärtigen Amt?

Der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern wird im Rahmen der Ausbildung der Anwärtinnen und Anwärter zum höheren, gehobenen und mittleren Dienst thematisiert. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema wird primär durch die persönliche Begegnung mit Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern sichergestellt. Die Anwärtinnen und Anwärter im höheren Dienst treffen während der Ausbildung neben den Kolleginnen und Kollegen aus den befassten Referaten im Auswärtigen Amt auch Expertinnen und Experten aus der Zivilgesellschaft, insbesondere



vom Deutschen Institut für Menschenrechte, Amnesty International, Human Rights Watch und der Yogyakarta-Allianz. Der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern ist weiterhin regelmäßig Bestandteil von Lehrbesichtigungsfahrten, beispielsweise beim Besuch des Menschenrechtsrates der VN in Genf sowie bei ODIHR in Warschau. In der Akademie Auswärtiger Dienst finden regelmäßig Gespräche mit Holocaust-Überlebenden statt, an denen Anwärtinnen und Anwarter aller Laufbahnen teilnehmen. Zudem ist die Publikation „Das Amt und die Vergangenheit“ der Unabhängigen Historikerkommission fester Bestandteil der Ausbildung. Das Gespräch über die Publikation dient der Auseinandersetzung mit dem Thema Zivilcourage von Diplomatinen und Diplomaten und ermöglicht Rückschlüsse auf die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern in autoritären Staaten. Des Weiteren wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 19 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4475 verwiesen.

15. Inwiefern ist das Thema Schutz von MRV Bestandteil der Zielvorgaben, die die Zentrale des Auswärtigen Amts vor der Ausreise mit Diplomatinen und Diplomaten trifft?

Die Zielvereinbarungen für die Auslandsvertretungen stellen auf die Verhältnisse im jeweiligen Gastland ab und sind je nach Auslandsposten unterschiedlich. Die für die Erstellung federführenden Länderreferate stimmen die Vereinbarungen in der Zentrale des Auswärtigen Amts und im Dialog mit den Leiterinnen und Leitern der diplomatischen Vertretungen ab und passen sie kontinuierlich an den jeweiligen Länderkontext an. Auf Menschenrechtsfragen, einschließlich des Schutzes von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern, wird darin bei Bedarf eingegangen.

16. Unterstützt die Bundesregierung die Arbeit des VN-Sonderberichterstatters für MRV?

Wenn ja, wie unterstützt die Bundesregierung dessen Arbeit?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung unterstützt das Mandat des Sonderberichterstatters und den derzeitigen Mandatsträger Michel Forst, der zuletzt im November 2015 nach Deutschland reiste. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4475 verwiesen.

17. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung auf EU-Ebene und bilateral, um dem Trend entgegenzuwirken, dass laut jüngstem Bericht (Januar 2018) der EU-Grundrechteagentur (FRA) auch EU-Mitgliedstaaten gesetzliche und andere Maßnahmen ergreifen, um zivilgesellschaftliche Akteure, die zu Menschenrechten arbeiten, in ihrer Arbeit einzuschränken (<http://fra.europa.eu/de/press-release/2018/agentur-fur-grundrechte-zivilgesellschaft-gefahr>)?

Die Bundesregierung setzt sich weltweit, so auch innerhalb der EU, dafür ein, dass die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern nicht ungerechtfertigt eingeschränkt wird. Die Bundesregierung thematisiert diese Fragen in bilateralen Gesprächen mit Regierungsvertretern anderer EU-Länder. Sie steht in engem Kontakt mit den betroffenen Organisationen und ihren Akteuren und bietet – oft hinter den Kulissen – Hilfestellung und unbürokratische Unterstützung an. Die Bundesregierung



unterstützt ferner Dialogformate und Kontrollmechanismen der OSZE (ODIHR) und des Europarats (Venedig-Kommission) auch mit Blick auf die Lage in EU-Mitgliedstaaten. Im Rahmen der EU gibt es zudem förmliche Verfahren, mit denen die Verletzung der Rechte von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern zur Sprache gebracht werden können.

18. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Arbeit von MRV und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich bspw. für die Rechte von Flüchtlingen und anderen Minderheiten einsetzen, innerhalb Deutschlands zu fördern?

Innen- wie außenpolitisch betrachtet die Bundesregierung Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, politische Stiftungen, Gewerkschaften, Nationale Menschenrechtsinstitutionen sowie einzelne Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger als wichtige Akteure deutscher Menschenrechtspolitik. In Deutschland bildet die auf der freiheitlichen demokratischen Grundordnung basierende und dem Rechtsstaatsprinzip verpflichtete deutsche Rechtsordnung einen soliden Rahmen für die Tätigkeit solcher Akteure. Die Bundesregierung pflegt einen regelmäßigen, kontinuierlichen Austausch mit ihnen.

19. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Schutzmechanismen für MRV und ggf. deren Zusammensetzung, wie sie im Entwurf des Arbeitsprogramms für die Jahre 2018 bis 2020 von der Konferenz der Internationalen Nichtregierungsorganisationen vorgeschlagen wurde (Human Rights Committee, „Draft Roadmap 2018 bis 2020“)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurde das Thema in den Gremien einschlägiger internationaler Foren noch nicht behandelt.

20. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um über das Bestehen der verabschiedeten Richtlinien (u. a. EU, OSZE) zu informieren und damit auch Implementierungslücken beim Schutz von MRV zu schließen?

Von der Bundesregierung oder in Kooperation mit dieser durchgeführte Menschenrechtsseminare, Konferenzen und Workshops dienen zur Information über das bestehende Regelwerk. Zudem unterstützt die Bundesregierung die Maßnahmen zur Menschenrechtsbildung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Schließlich informiert die Bundesregierung auch in ihrem zweijährlichen Menschenrechtsbericht über die verschiedenen Richtlinien und Instrumentarien.

Auslandsvertretungen werden durch eine „Handreichung zur aktiven Menschenrechtsarbeit“ mit konkreten Hinweisen zur Umsetzung und Bekanntmachung der EU-Leitlinien angeleitet. In Seminaren, die auf die Tätigkeit an Auslandsposten vorbereiten, werden zusätzlich Hinweise zur Umsetzung der EU-Leitlinien gegeben. Ferner wird auf die Antwort zu Frage 8 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/4475 verwiesen.



21. Im Rahmen welcher Regierungsverhandlungen wurde der Schutz von MRV gegenüber Kooperationsländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen drei Jahren und mit welchen Ergebnissen thematisiert (bitte nach Ländern und Jahr auflisten)?

Der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern wird gegenüber Kooperationsländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf vielen Ebenen in unterschiedlicher Weise regelmäßig thematisiert. Der Austausch findet im diplomatischen, teils informellen, Dialog statt. In den formalen Regierungsverhandlungen werden allgemeine menschenrechtliche Herausforderungen angesprochen.



Anlage 1 zu Frage 10

Jahr	Land	Thema	Bewilligung
<b>2014</b>			
2014	Somalia	Behindertenschutz in Somalia	22.945,57 €
2014	international	Side Event zum Recht auf Wohnen	616,73 €
2014	Indien	„My Strength My Daughter“ – Fortsetzung	104.533,62 €
2014	international	Fortsetzungsprojekt“ Children and Armed Conflict“	101.523,48 €
2014	Guatemala	Menschenrechts-Filmfestival 2014 in Guatemala City	15.000,00 €
2014	Nicaragua	Sexuelle Vielfalt und Menschenrechte in Nicaragua	73.327,00 €
2014	Vietnam	Rechtsvergleichende internationale Konferenz zum Menschenrechts-Schutz DEU/Vietnam (VNM)	27.739,20 €
2014	Malaysia	Regionalseminar Südostasien zum Thema Menschenrechte	10.849,15 €
2014	Deutschland	Workshop: Unterstützung LGTB-Aktivist*innen	57.480,00 €
2014	international	Side Event zu „Women and Disability“	505,76 €
2014/2015	DEU/Dschibuti	Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung	79.681,88 €
2014	DEU/Kenia	„United for the Rights to Water and Sanitation“	55.865,64 €
2014	Schweiz/international	„Promoting Non-governmental Organization participation in the work of the Human Rights Committee“	41.804,00 €
2014	DEU/Israel	Förderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Israel	40.183,83 €
2014/2015	DEU/Russland	Inklusion II – Verankerungen (Anschlussprojekt)	121.800,00 €
2014	Burundi	„Promotions des Droits Humains et de l'Accès à la Justice“	65.109,68 €
2014	Namibia	„My best interest – project on children's rights“	41.200,00 €
2014	Elfenbeinküste	Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung	32.000,00 €
2014	Nigeria	„Promoting Human Rights and religious freedom in Northern Nigeria“	39.951,42 €
2014	Angola	Forum zum Thema Wohnen	47.170,00 €
2014	Sambia	Sensibilisierung zu Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBTI)-Rechten	14.483,24 €
2014	Äquatorial-Guinea	Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen	32.963,76 €
2014	Uganda	Aktive Folterprävention in Uganda	10.888,00 €
2014/2015	Kenia	Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	22.200,00 €
2014	Gambia	Förderung Pressefreiheit durch Aufbau Journalistenschule	16.280,87 €
2014	Äthiopien	Menschenrechtstraining von traditionellen „elders“	30.700,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2014	Sri Lanka	Verbesserung der Menschenrechtssituation durch Aufklärung	20.330,00 €
2014	Armenien	regionale Menschenrechtsseminare für Nichtregierungsorganisationen, Rechtsanwälte und Medien	28.270,00 €
2014	Georgien	Rechte junger Menschen mit Behinderungen	12.058,75 €
2014	Israel	Kino als Menschenrechts-Methodologie für Studenten und Lehrer	26.000,00 €
2014	Kirgisistan	Menschenrechts-Training für Journalisten außerhalb der Hauptstadt	18.603,59 €
2014	Libanon	Bekämpfung des Phänomens der „Staatenlosigkeit“	36.000,00 €
2014	Japan	„The Death penalty on Trial“	46.200,00 €
2014	China	Förderung des Rechts auf Informationszugang	4.700,00 €
2014	Malaysia	Vermittlung von Ausbildungsinhalten zu Menschenrechten und Demokratie	15.000,00 €
2014	Palästinensische Gebiete	Lobbying gegen Todesstrafe in den besetzten Gebieten (Gaza)	31.000,00 €
2014	Palästinensische Gebiete	marginalisierte Frauen in den C-Gebieten	31.000,00 €
2014	Aserbaidschan	Schulung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	23.000,00 €
2014	Albanien	Workshops zu Minderheitenrechten	25.000,00 €
2014	Albanien	Menschenrechts-Filmfestival	20.000,00 €
2014	Belgien/Syrien	Dokumentation von Menschenrechts-Verbrechen in Syrien	100.000,00 €
2014	Dänemark (DNK)/Nigeria	„Fighting against torture locally and internationally in Nigeria“	13.000,00 €
2014	DNK/Kenia	„Fighting against torture locally and internationally in Kenia“	9.000,00 €
2014	DNK/Algerien	Training für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern aus Algerien und Tunesien	20.000,00 €
2014	Russland	Schutz der Menschenrechte in Tschetschenien	49.844,00 €
2014	Ukraine	Fortbildung für ukrainische Journalisten	19.000,00 €
2014	Ukraine	„Demokratie und Massenmedien“ Informationszugang	25.000,00 €
2014	Ukraine	Jugendschutz im Strafrecht und bei der Strafverfolgung	9.000,00 €
2014	Ukraine	Frauenrechte in der Ukraine	5.000,00 €
2014	Ukraine	Menschenrechtstraining für Journalistinnen und Journalisten	25.499,56 €
2014	Ukraine	Schutz und Sicherheit gegen Menschenhandel	5.000,00 €
2014	Zypern	Förderung der nationalen Diskussion über Migrantenrechte	53.000,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2014	Dominikanische Republik	Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen	35.000,00 €
2014	El Salvador	Fortbildung des öffentlichen Dienstes zum Interamerikanischen Menschenrechts-System	11.000,00 €
2014	Honduras	Schutz misshandelter und diskriminierter Frauen	7.944,22 €
2014	Jamaika	Schulung von Polizei zur Achtung von Menschenrechten	35.609,07 €
2014	Mexiko	„Voices and torture; training and prevention“	18.000,00 €
2014	Mexiko	„Training on LGBTI-Public Security“	66.000,00 €
2014	Mexiko	Rechtsbeistand für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger	9.000,00 €
2014	Panama	Umsetzung des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OP-CAT) in Lateinamerika	93.575,00 €
2014	USA	„The Raphael Lemkin Seminar for the Prevention of Genocide“	23.000,00 €
2014	Genf	Stärkung nationaler Menschenrechtsinstitutionen	78.300,00 €
2014	Genf	Koordination der Zivilgesellschaft bei Mitwirkung im VN-Folterausschuss	70.000,00 €
2014	Genf/intern.	Menschenrechtsseminare	30.000,00 €
2014	Genf/DR Kongo/Kolumbien	„Comic book for the Prevention of Recruitment of Child Soldiers“	74.000,00 €
2014	Genf/intern.	Dialogveranstaltungen zur Religionsfreiheit	36.753,40 €
2014	Genf	Forum „Judicial Enforcement of Economic, Social and Cultural (ESC)-Rights“	94.549,00 €
2014	DEU/Serbien	Konferenz zu sexuellen Minderheiten und Nichtdiskriminierung	11.000,00 €
2014	Deutschland	Fachtagung Verschwindenlassen	25.937,80 €
2014	DEU/Bahrain	Fortsetzung Rechtsstaatshilfe Bahrain	23.550,63 €
2014	DEU/Russland	Rechte von Behinderten in inklusiven Kommunen	26.306,20 €
2014	DEU/Libanon	Sexuelle und genderbasierte Gewalt im syrischen Konflikt	83.542,56 €
2014	DEU/Indonesien	Zugang zu inklusiver Bildung für Kinder mit Behinderungen	79.845,00 €
2014	international	Haus der Digitalen Freiheit	67.006,64 €
2014	DEU/Afrika	Individualbeschwerdeverfahren VN-Kinderrechtskonvention	51.720,00 €
2014	DEU/Burkina Faso	Registrierung von Kindern (Geburten)	32.000,00 €
2014	DEU/Russland	Fachaustausch im Rahmen der Raduga-Brücke Berlin-Moskau	23.850,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2014	DEU/Afrika	Workshops Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Gefängnispersonal Burundi, Benin, Côte d'Ivoire	44.000,00 €
2014	DEU/intern.	Rechte alter Menschen	42.800,00 €
2014	DEU/intern.	Advocacy Recht auf Wasser und Sanitärversorgung	47.628,00 €
2014	international	Side Event zum Thema Menschenhandel im VN-Menschenrechtsrat	1.634,25 €
2014	international	Stärkung nationaler Menschenrechts-Institutionen zur Beobachtung des Rechts auf Wasser	30.000,00 €
2014	Malaysia	Dokumentation von Rechten der indigenen Bevölkerung	21.688,00 €
2014	DEU/Nordkorea	„Deaf Empowerment Trip“	19.550,65 €
2014	Taiwan	taiwanesisches Justizprojekt zur Verankerung der Menschenrechte	4.614,56 €
2014	Kamerun	Journalistenpreis Bibi-Ngota 2014	4.494,20 €
2014	Swasiland	Aufbereitung von Bild-/Tonmaterial zu Menschenrechtsverletzungen	19.850,93 €
2014	Kasachstan	Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	43.711,00 €
2014	Botsuana	Veranstaltung gegen die Todesstrafe	600,00 €
2014	Indien	Vernetzung von Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Kinderrechte	2.690,00 €
2014	Palästinensische Gebiete	Schutz vor Zwangsumsiedlung von Beduinen	20.000,00 €
2014	DEU/Irak	Veranstaltung zu Frauenrechten in Kurdistan	14.800,00 €
2014	Mali	Lehrgang zur Einführung in die Menschenrechte	5.400,00 €
2014	Ägypten	„Lawyers for democracy network“	49.300,00 €
2014	Jemen	Unterstützung der Behörden zur Verhinderung der Rekrutierung von Kindersoldaten	198.686,00 €
2014	Afghanistan	„Strengthening Juvenile Justice at Grass Roots Level“	26.272,00 €
2014	Afghanistan	„Non-violent conflict resolution training“	50.000,00 €
2014	Irak, Gaza	freiwilliger Beitrag an das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) für Irak 118.570 €, Gaza 643.250 €	761.820,00 €
2014	Syrien, Ukraine, Jordanien	Beitrag an den VN-Folteropferfonds	603.450,00 €
2014	Ukraine	Unterstützung der „Human Rights Monitoring Mission“ in der Ukraine (HRMMU)	500.000,00 €
2014	Mexiko	Menschenrechtsorientierte Gemeinwesensentwicklungsprozesse in Mexiko Stadt und der Region Sierra Norte de Puebla	638.000,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2014	Mexiko	Menschenrechtsarbeit zur Einforderung des Rechts auf eine saubere Umwelt und gegen sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen; Tlaxcala	90.000,00 €
2014	Mexiko	Menschenrechtsbasierter Schutz indigener und kleinbäuerlicher Territorien in Oaxaca	220.000,00 €
2014	Indonesien	Menschenrechtsarbeit der YAPHI-Stiftung in Zentraljava, Indonesien Semarang	178.000,00 €
2014	Honduras	Stärkung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten mit Gender-Fokus in Honduras – Verbesserung der Fähigkeiten von Lenca-Frauen und Export-Arbeiterinnen zur selbstständigen Verteidigung ihrer Rechte	283.854,00 €
2014	Große Seen-Region	Öffentlichkeitsarbeit zur Erweiterung des gesellschaftlichen Diskurses zum Thema Menschenrechte; Ausbildung von Fachkräften sowie Aufklärung der Bevölkerung zu Menschenrechten	460.000,00 €
2014	Kenia	Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen bei der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung	764.000,00 €
2014	Liberia	Beratung und Ausbildung von Partnern zur Stärkung des Menschenrechtsbewusstseins; Angebot von juristischen Dienstleistungen	580.000,00 €
2014	Kolumbien	Förderung der Friedenskultur; Stärkung und Befähigung der Zivilgesellschaft zu gewaltfreien politischen und sozialen Veränderungsprozessen; Verbesserung der Menschenrechtslage	1.087.658,00 €
2014	Guatemala	Aufarbeitung vergangener und gegenwärtiger Menschenrechtsverletzungen	616.297,00 €
2014	Nepal	materielle Kompensation und juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen	102.972,00 €
2014	Kenia	Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern; Stärkung der Kompetenzen im Sicherheitsmanagement; Netzwerk-, Advocacy- und Informationsarbeit	77.862,00 €
2014	Indonesien	Advocacy; Sicherheit; Ausbildung, Begleitung und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	125.061,00 €
2014	Nepal	Verbesserung der Menschenrechtslage; Sicherheit; Friedensschaffung und -erhaltung; Beobachtung und Begleitung einheimischer Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	20.280,00 €
2014	Nepal	Entwicklung einer Monitoringplattform zu Menschenrechtsverletzungen; Informationssammlung und deren öffentliche Bereitstellung	70.819,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2014	Kolumbien	Verbesserung der Menschenrechtslage; Verbreitung von Informationen zur Menschenrechtslage auf nationaler und internationaler Ebene; Einhaltung menschenrechtlicher Prinzipien	136.157,00 €
2014	Kolumbien	Erhaltung und Förderung der Menschenrechte; Lobby-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit; Stärkung und Begleitung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern; Sicherheit	52.057,00 €
2014	Guatemala	Internationale Beobachtung und Schutzbegleitung; Eintreten für Menschenrechte Anderer und Friedensabkommen; Versöhnung und Wiedergutmachung von Opfern von Menschenrechtsverletzungen	137.130,00 €
2014	Mexiko	Stärkung der internationalen Beobachtung und schützenden Begleitung von Menschenrechtsgruppen/betrohter Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger	98.760,00 €
2014	Mexiko	Veränderung patriarchaler Muster und Strukturen durch Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und Aufrechterhaltung von Qualitätsstandards ihres Schutzes; Schutz und Gewährleistung von Menschenrechten; Kompetenzenstärkung; Wissenstransfer	65.115,00 €
<b>2015</b>			
2015	Japan	„The Death Penalty on Trial“	1.000,00 €
2015	Kenia	„Enhancing the Protection of Human Rights Defenders“	107.940,00 €
2015	DEU/Russland	Inklusion II – Verankerungen (Anschlussprojekt)	8.500,00 €
2015	Zentralasien	Regionalseminar Zentralasien	7.091,08 €
2015	China	Regionalseminar China	8.168,33 €
2015	DEU/Dschibuti	Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung	20.318,12 €
2015	international	„Supporting Non-governmental Organization Participation in the Universal Periodic Review“ (UPR)	41.518,35 €
2015	international	„Getting voices of victims heard“ Zugang zu VN-Vollersammlung + 3. Ausschuss	20.000,00 €
2015	international	Haus der Digitalen Freiheit mit Workshops	67.930,00 €
2015	Pakistan, Vietnam und andere	Beteiligung alter Menschen am OEWG Prozess (Offene UN-Arbeitsgruppe für Rechte Älterer)	43.995,00 €
2015	Zypern	Förderung der Migrantenrechte in Zypern	45.000,00 €
2015	Brasilien	„Sementeiras de Direitos“	73.600,00 €
2015	Indien	„India: child soldiers – a hidden problem“	29.000,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2015	Indien	Projekt zur Verhinderung der Abtreibung weiblicher Föten	99.999,97 €
2015	Namibia	Projekt zur Verhinderung der Folter	45.195,44 €
2015	Belgien/Syrien	„Building Syrian Analytical Capacity“	130.000,00 €
2015	Taiwan	EU-Taiwan Justizaustauschprogramm 2015	3.996,38 €
2015	DEU/Sri Lanka	VisAbility – Überwindung von Barrieren für Behinderte	24.585,22 €
2015	Thailand	Bekämpfung von Kinderhandel	64.381,86 €
2015/2016	Bulgarien	Prävention von Kinderheirat und Mutterschaft bei Kindern	8.460,00 €
2015	Mexiko	Schutz von weiblichen Gewaltopfern in Baja California Sur	21.000,00 €
2015	Mexiko	„Human Rights of Migrant Population“	31.000,00 €
2015	Chile	Keine weitere Gewalt gegen Frauen	34.700,00 €
2015	El Salvador	Fortbildung über interamerikanisches Menschenrechtssystem	10.923,99 €
2015	China	Unterstützung/Stärkung chinesischer Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger	49.700,00 €
2015	China	„Capacity building program for Human Rights lawyers in China“	21.914,90 €
2015	Libanon	Folterprävention in Haftanstalten	30.000,00 €
2015	Libanon	Recht auf Bildung für syrische Flüchtlinge in Libanon	55.100,00 €
2015	Palästinensische Gebiete	Todesstrafe in den besetzten Gebieten	33.900,00 €
2015	Palästinensische Gebiete	„Protection of women victims of violence“	66.600,00 €
2015	Israel	„A (data-)Base for Human Rights Defenders“	35.000,00 €
2015	Irak	Kampf gegen Genitalverstümmelung	80.000,00 €
2015	Irak	„MENA women’s security forum“	40.000,00 €
2015	Irak	„Reduce women’s rights violation in Diyala province“	80.000,00 €
2015	Tadschikistan	„Legal empowerment of women of migrant workers“	18.000,00 €
2015	Kirgisistan	„Strengthening Potential of Human Rights Journalists“	28.954,21 €
2015	Kirgisistan	„early marriage = child marriage“	35.615,89 €
2015	Kasachstan	Schutz der Rechte von Arbeitsmigranten	39.768,40 €
2015	Armenien	„Influencing the Women’s Rights Agenda“	32.113,26 €
2015	Georgien	„Gender starts with me“	44.620,36 €
2015	Malaysia	Stärkung der Verantwortung der Polizei für Menschenrechte	19.290,03 €
2015	Togo	Prävention von Frühverheiratung von Mädchen in Togo	58.326,33 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2015	International	Side Event zum Recht auf angemessenes Wohnen	1.274,10 €
2015	Venezuela	Betreuung von Opfern von Menschenrechtsverletzungen	16.000,00 €
2015	Bolivien	Stärkung der Frauenrechte	21.560,59 €
2015	Bolivien	Prävention von Menschenhandel	22.986,81 €
2015	Ukraine	„Art of Tolerance“	19.100,00 €
2015	Ukraine	„Human rights in podcasts and radio“	25.000,00 €
2015	Ukraine	„Social gender theatre“	11.500,00 €
2015	Ukraine	Schutz von Binnenvertriebenen	46.958,22 €
2015	Ukraine	Menschenrechtsbildung für Jugendliche	26.290,87 €
2015	Ukraine	Menschenrechtsverletzungen an Binnenflüchtlingen	40.042,52 €
2015	Russland	„Soldier is a citizen in uniform“	56.800,00 €
2015	Lettland	Europride 2015	39.620,00 €
2015	Albanien	„Free of fear from violence – Istanbul convention“	37.700,00 €
2015	Montenegro	„The Deafening Silence“ (gegen Kindesmissbrauch)	22.900,00 €
2015	Nicaragua	Jenseits der Gitter	62.400,00 €
2015	Afrika	„Supporting Human Rights Defenders in Eastern Africa“	55.800,00 €
2015	Burundi	„Protection of Human Rights Defenders in Burundi during 2015 electoral period“	82.400,00 €
2015	Somalia	„Legal Aid Network in Somalia“	56.400,00 €
2015	Gambia	Seminare zu Presse und Meinungsfreiheit	14.766,39 €
2015	Elfenbeinküste	Menschenrechts-Stärkung der Kapazitäten traditioneller Chefs	31.100,00 €
2015	Äthiopien	Förderung von Journalistinnen zu Frauenrechtsthemen	5.200,00 €
2015	Äthiopien	Versöhnungsprojekt in der Gambellaprovinz	49.100,00 €
2015	Uganda	Konzept für regulierte Medienselbstregulierung/ Medienforum	76.400,00 €
2015	China	„Promoting the Abolition of the Death Penalty“	50.000,00 €
2015	Nordkorea	Förderung der Rechte Taubstummer in Nordkorea	20.000,00 €
2015	südliches Afrika	Stärkung Zivilgesellschaft Umsetzung Human Rights Committees	49.400,00 €
2015	Kolumbien/Kongo	Förderung der „Children and Armed Conflicts“ (CAC)-Accountability	85.000,00 €
2015	Deutschland	„Combatting Homophobic and Transphobic Stereotypes“	50.000,00 €
2015	International	„Recommendations for a consensus-based rationalization of thematic resolutions and mechanisms“	25.000,00 €
2015	Tadschikistan	Antifolterprojekt	15.000,00 €
2015	Russland	Rechtliche Bildung für Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden	20.000,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2015	China	Förderung des Rechts auf Informationszugang (Phase II)	8.836,34 €
2015	International	Projektförderung „Censorship Insight“	20.000,00 €
2015	International	Ermittlungen zu sexueller Gewalt in Nahost (Irak, Jordanien, Libanon)	40.000,00 €
2015	International	Rolle der Zivilgesellschaft in der Menschenrechts-Arbeit	4.377,72 €
2015	Ukraine	Menschenrechts-Beobachtungsmission HRMMU	470.100,00 €
2015	Jemen, Nigeria, Guatemala	OHCHR für „Humanitarian Response Plan“ für Jemen (400.000 US-Dollar, USD), Unterstützung Menschenrechtsberater in Nigeria (151.440 USD), Expertenforum zu Straffreiheit und Justizwesen in Guatemala (87.885 USD)	481.050,00 €
2015	Äthiopien, Kenia, Uganda	Beitrag zum VN-Folteropfer-Fonds	170.000,00 €
2015	Irak	„ISIS Investigations in Iraq“	200.000,00 €
2015	Naher und Mittlerer Osten	Menschenrechtsarbeit und Engagement für Völkerrecht im Nahen und Mittleren Osten durch das „Democratic Progress Institute“ (DPI)	125.000,00 €
2015	Palästinensischen Gebiete	Menschenrechtsprogramm für die Palästinensischen Gebiete, Westbank und Jerusalem	380.000,00 €
2015	Kolumbien	Coalico – Kinder und Jugendliche verteidigen ihre Rechte und setzen sich für Frieden ein	423.000,00 €
2015	Große Seen-Region	Öffentlichkeitsarbeit zur Erweiterung des gesellschaftlichen Diskurses zum Thema Menschenrechte; Ausbildung von Fachkräften sowie Aufklärung der Bevölkerung zu Menschenrechten	1.145.000,00 €
2015	Kenia	Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen bei der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung	1.000.000,00 €
2015	Liberia	Beratung und Ausbildung von Partnern zur Stärkung des Menschenrechtsbewusstseins; Angebot von juristischen Dienstleistungen	140.000,00 €
2015	Kolumbien	Förderung der Friedenskultur; Stärkung und Befähigung der Zivilgesellschaft zu gewaltfreien politischen und sozialen Veränderungsprozessen; Verbesserung der Menschenrechtslage	515.000,00 €
2015	Zentralamerika	Aufklärungsarbeit von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen; Vergangenheitsaufarbeitung; friedenspädagogische Bildung	95.169,00 €
2015	Mexiko	Unterstützung der Arbeit der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in den Partnerorganisationen; Ausweitung der Arbeit auf internationaler Ebene (z. B. Anklage von Verletzungen, Dialogförderung); Netzwerkarbeit	120.310,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2015	Sri Lanka	Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen humanitäres Völkerrecht (Vergangenheitsbearbeitung)	15.900,00 €
2015	Guatemala	Aufarbeitung vergangener und gegenwärtiger Menschenrechtsverletzungen	763.994,00 €
2015	Nepal	materielle Kompensation und juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen	534.480,00 €
2015	Kenia	Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern; Stärkung der Kompetenzen im Sicherheitsmanagement; Netzwerk-, Advocacy- und Informationsarbeit	113.242,00 €
2015	Kenia	Verbrechensregistrierung und -dokumentation; Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen sowie deren juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung; politische Bildung	40.976,00 €
2015	Indonesien	Advocacy; Sicherheit; Ausbildung, Begleitung und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	160.968,00 €
2015	Nepal	Entwicklung einer Monitoringplattform zu Menschenrechtsverletzungen; Informationssammlung und deren öffentliche Bereitstellung	87.571,00 €
2015	Kolumbien	Verbesserung der Menschenrechtslage; Verbreitung von Informationen zur Menschenrechtslage auf nationaler und internationaler Ebene; Einhaltung menschenrechtlicher Prinzipien	185.922,00 €
2015	Kolumbien	Erhaltung und Förderung der Menschenrechte; Lobby-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit; Stärkung und Begleitung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern; Sicherheit	264.365,00 €
2015	Guatemala	Internationale Beobachtung und Schutzbegleitung; Eintreten für Menschenrechte Anderer und Friedensabkommen; Versöhnung und Wiedergutmachung von Opfern von Menschenrechtsverletzungen	135.961,00 €
2015	Guatemala	Erhaltung und Förderung der Menschenrechte; Lobby-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit; Stärkung und Begleitung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	36.001,00 €
2015	Mexiko	Veränderung patriarchaler Muster und Strukturen durch Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern sowie Aufrechterhaltung von Qualitätsstandards ihres Schutzes; Schutz und Gewährleistung von Menschenrechten; Kompetenzenstärkung; Wissenstransfer	142.526,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
<b>2016</b>			
2016	Sri Lanka u. a.	Regionalseminar in Colombo	10.078,84 €
2016	international	Stärkung Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung	68.654,33 €
2016	Irak	„Shahrazad for Iraqi Women Rights Defenders“	78.735,75 €
2016	Palästinensische Gebiete (PSE)	Schutz von Kindern und Jugendlichen im PSE Rechtssystem	40.000,00 €
2016	Israel	Schutz von Asylsuchenden in Israel	24.074,11 €
2016	Tunesien	Stärkung der Zivilgesellschaft in Tunesien	38.469,14 €
2016	Libanon	„Enhancing the humanitarian situation in detention centres“	62.700,00 €
2016	Lettland	„Hate crimes – recognize, report, fight!“	7.927,00 €
2016	Bangladesch	Trainingsanleitung für Recherche und Berichte zu Menschenrechts-Verletzungen	17.045,00 €
2016	Syrien	Stärkung von Aktivistinnen aus Syrien zu Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates	54.927,72 €
2016	Mexiko	„Monitoring of legislation in respect of forced disappearances in Nuevo Leon“	60.700,00 €
2016	Mexiko	„Legal empowerment of families of victims of disappearances in Mexico“	26.300,00 €
2016	Bolivien	Prävention von Menschenhandel von Kindern in El Alto Norte	30.657,99 €
2016	Bolivien	Fortbildung von Menschenrechtsförderinnen	25.777,61 €
2016	Chile	Polizeieinsätze: Die Menschenrechtslage in La Legua Emergencia	14.800,00 €
2016	Mazedonien	Roma Report	40.000,00 €
2016	Ukraine	Wanderausstellung zu LGBTI-Rechten	3.940,00 €
2016	Ukraine	„Combating cases of violence against children“	27.627,39 €
2016	Ukraine	„Human Rights for internally displaced people with disabilities“	27.000,00 €
2016	Ukraine	Schutz von Journalisten und Förderung der Meinungsfreiheit in der Ostukraine	25.794,73 €
2016	Ukraine	Schutz der Menschenrechte von Binnenvertriebenen	27.051,31 €
2016	Kasachstan	„Protection of Right for Freedom of Expression“	13.913,08 €
2016	Kasachstan	„Strengthening Democracy Education for Youth in Kazakhstan“	46.937,77 €
2016	Kirgistan	„Young Lawyers School“	15.500,00 €
2016	Kirgistan	„Protecting the rights of vulnerable population, especially ethnic minorities on adequate housing“	34.200,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2016	Moldau	„GirlsGoIT“	21.262,83 €
2016	Turkmenistan	„Empowering Civic Society Organizations in Turkmenistan“	53.305,57 €
2016	Georgien	„Gender starts with me“	49.349,45 €
2016	Russland	Menschenrechtsverletzungen im Kaukasus	90.000,00 €
2016	Russland	Bekämpfung der Folter in Russland	95.000,00 €
2016	Russland	Rechtliche Bildung für Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden	75.000,00 €
2016	Russland	Schutz von Arbeitsrechten für Häftlinge	58.000,00 €
2016	Russland	„Project positive“	5.600,00 €
2016	Litauen	„Baltic Pride 2016; We are people, not propaganda“	35.100,00 €
2016	Namibia	Prävention von HIV-Infektionen in namibianischen Gefängnissen	44.023,00 €
2016	Thailand	Kampf gegen Kindesmissbrauch, -prostitution, Menschenhandel	60.000,00 €
2016	China	Training für Wanderarbeiter in Shenyang über ihre Rechte	40.000,00 €
2016	Indien	Rechtsberatung, Lobbyarbeit für Opfer sexueller Gewalt	49.998,07 €
2016	Äthiopien	Verbesserung der Haftbedingungen durch capacity building	70.672,89 €
2016	Nigeria	Interreligiöse Vermittlung im Nordosten Nigerias	58.433,54 €
2016	Kamerun	Sensibilisierung gegen Zwangs-/Kinderehen	5.215,00 €
2016	Kongo RD	Unterstützung Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und anderer Akteure während der Wahlen	16.139,39 €
2016	Sambia	Stärkung Menschenrechts-Bildung und Lobbyarbeit bei Behinderten	17.100,00 €
2016	Elfenbeinküste	Radiosendungen zu Menschenrechten, Ausbildung von Journalisten zu Menschenrechten	30.350,00 €
2016	Kenia	Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	90.000,00 €
2016	Kenia	Stärkung der Zivilgesellschaft im UPR-Verfahren	62.004,84 €
2016	Äquatorialguinea	Aufklärungskampagne zu Gewalt gegen Frauen und HIV	33.379,00 €
2016	Somalia	Menschen mit psychosozialen Behinderungen	76.000,00 €
2016	West-/ Zentralafrika	Auftaktkonferenz zum Individualbeschwerdeverfahren zur Kinderrechtskonvention („Convention on the Rights of the Child“, CRC)	11.779,43 €
2016	Kambodscha	Unterstützung für Opfer von Kindesmissbrauch	52.850,71 €
2016	Kambodscha	Förderung der Menschenrechte durch Schaffung gemeinsamen Radio-Studio	40.000,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2016	Sri Lanka	Beteiligung von (behinderten) Frauen im Friedensprozess	44.227,94 €
2016	Taiwan	EU-Taiwanesisches Justiz-Kooperationsprogramm	2.354,02 €
2016	Philippinen	Verbesserung der Rehabilitierung von Folteropfern	45.150,00 €
2016	Malaysia	Film über Rohingya-Menschenhandel	27.900,00 €
2016	Bulgarien	Prävention von Kinderheirat und Mutterschaft bei Kindern	5.155,00 €
2016	westl. Balkan	Konferenz in Kosovo, Trainings für LGBTI der Region	48.385,00 €
2016	Honduras	Schulungen zur Steigerung der Akzeptanz von LGBTI	29.770,00 €
2016	Kongo RD	Stärkung „accountability“ bei Kindern in bewaffneten Konflikten	22.766,33 €
2016	international	Ausrichtung Internationaler Menschenrechts-Workshop	12.823,89 €
2016	Westafrika	Umsetzung Empfehlungen „Human Rights Council“ (Regionalonferenz Westafrika)	51.450,00 €
2016	international	Training für Menschenrechtsverteidigerinnen in „least developed countries“	19.123,00 €
2016	international	Unterstützung der Zivilgesellschaft im UPR-Prozess	50.050,00 €
2016	international	Unterstützung von Journalisten	56.630,85 €
2016	intern./Pakistan/ Bangladesch/ Elfenbeinküste	Training und Beratung zur Verhinderung von Folter in Bangladesch, Pakistan, Elfenbeinküste	62.000,00 €
2016	international	Expertendiskussion zu moderner Sklaverei und Kinderrechten	3.448,27 €
2016	Malawi	Aufklärungskampagne zum Schutz von Menschen mit Albinismus	994,06 €
2016	Sri Lanka	Förderung der Gleichberechtigung von Frauen	19.809,48 €
2016	intern./Pakistan/ Mexiko	Haus der digitalen Freiheit – Sicherheit für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger + Journalistinnen und Journalisten	50.082,00 €
2016	international	inhaltliche Vorbereitung und Durchführung Side Event zum Recht auf Privatheit	17.732,83 €
2016	Dschibuti	Ausstattung für bessere Vernetzung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	3.117,46 €
2016	Botsuana	deutscher Beitrag für ein Menschenrechts-Filmfestival	698,17 €
2016	international	Drei Side Events zu Frauenrechtskonvention/„Commission on the Status of Women 60“ (UN-Women/WASH, Women in Parliament & Nationale Menschenrechtsinstitution)	2.199,02 €
2016	international	Side Event zum 10-jährigen Bestehen der Behindertenrechtskonvention	2.609,24 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2016	international	Side Event mit Israel anlässlich 15. Sitzung des VN-Ausschusses zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung	1.529,88 €
2016	international	Konferenz zu „Gender and Violence“	2.948,33 €
2016	Usbekistan	internationale Konferenz zu Beziehung Zivilgesellschaft-Staat	5.189,85 €
2016	Indien	„Breaking the Silence: Abuse of boys in state institutions in Jharkhand“	4.913,00 €
2016	Türkei	Diskussionsveranstaltung zu LGBTI	847,68 €
2016	Nigeria	Roundtable zu Menschenrechten mit Schwerpunkt LGBTI	1.389,47 €
2016	Indien	Aktivitäten anlässlich Welt-Mädchentag	777,78 €
2016	Krisenregionen	Workshop für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger aus Krisenregionen	30.000,00 €
2016	Kamerun	Einrichtung eines regionalen Menschenrechts-Monitoring-Systems	8.150,00 €
2016	Bangladesch	Schutz bedrohter Menschenrechts-Aktivisten	8.000,00 €
2016	Usbekistan	Gefangenenbesuche	1.903,71 €
2016	Botsuana	Workshop zu Albinismus (und VN-Ausschuss zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung)	9.299,87 €
2016	Grenada	Stärkung sexuell missbrauchter Mädchen in der Region	16.671,69 €
2016	Mexiko	10. Kongress zum Recht auf Rehabilitierung von Folteropfern	40.000,00 €
2016	Usbekistan	Teilnahme eines Strafjustizexperten an internationaler Konferenz	1.034,09 €
2016	Armenien	Kinderrechte-Workshop	2.986,00 €
2016	Sri Lanka	Verschwundene Personen	35.027,53 €
2016	Kolumbien	Verschwundene Personen	45.340,00 €
2016	Togo	Medienkampagne zu Menschen mit Behinderungen	4.875,77 €
2016	international	Förderung Teilnahme „least developed countries“ an Menschenrechtsausschuss-Arbeit	35.000,00 €
2016	Irak	Abschlussveranstaltung Gender-Based Violence	16.608,59 €
2016	international	Maßnahmen zur Prävention von Folter	210.000,00 €
2016	Guatemala	Förderung der Menschenrechte, Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	3.008,93 €
2016	Ukraine	HRMMU – „Human Rights Monitoring Mission Ukraine“	710.000,00 €
2016	Ukraine	Menschenrechtsschutz Ost-Ukraine, Monitoring, Informationsverbreitung, Kooperation Nichtregierungsorganisationen	190.481,98 €
2016	Nigeria	Fortsetzung der Arbeit des Menschenrechtsberaters	13.001,46 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2016	Bahrain	„Technical Cooperation Programme for Bahrain 2016“	43.098,17 €
2016	Jemen	Schutz von Opfern und internationale Antwort auf Menschenrechts-Verletzungen	288.000,00 €
2016	Serbien	Verbesserung der Menschenrechtssituation von Flüchtlingen in Serbien	50.495,46 €
2016	Guatemala	Verbesserung der Menschenrechtssituation von Flüchtlingen in Guatemala	120.601,06 €
2016	International	Unterstützung des VN-Folteropferfonds (Maßnahmen in Ägypten, Jordanien, Senegal)	191.000,00 €
2016	Mexiko	Unterstützung bei strafrechtlicher Verfolgung von Menschenrechts-Verletzungen u.a.	87.194,86 €
2016	Syrien	Unterstützung der Arbeit zu Syrien, Einsatz von Menschenrechts-Beratern	281.119,45 €
2016	Myanmar	Unterstützung der Vor-Ort-Präsenz von OHCHR	305.536,00 €
2016	Mauretanien	Umsetzung internationaler Standards insbesondere gegen Folter und Sklaverei	150.000,00 €
2016	Syrien	„Buildung Syrian Analytical Capacity“	400.000,00 €
2016	Kolumbien	Menschenrechtsbeobachtung unter besonderer Berücksichtigung von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen in zwei Regionen von Antioquia, Medellín	200.000,00 €
2016	Israel	Menschenrechte und Humanitäres Völkerrecht für die besetzten Palästinensischen Gebiete, Fortführung, Israel und Palästinensische Gebiete	650.000,00 €
2016	Guatemala	Verteidigung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und umweltbezogenen Rechte der ländlichen, indigenen Bevölkerung im Landkreis Ixcán, Guatemala	494.877,00 €
2016	Mali	Integriertes Projekt zur Verteidigung und Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen in der Gemeinde Nyamina, Region Koulikoro, Mali	447.264,00 €
2016	Große Seen-Region	Öffentlichkeitsarbeit zur Erweiterung des gesellschaftlichen Diskurses zum Thema Menschenrechte; Ausbildung von Fachkräften sowie Aufklärung der Bevölkerung zu Menschenrechten	584.001,00 €
2016	Kenia	Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen bei der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung	1.000.000,00 €
2016	Liberia	Beratung und Ausbildung von Partnern zur Stärkung des Menschenrechtsbewusstseins; Angebot von juristischen Dienstleistungen	490.001,00 €
2016	Südsudan	Aufarbeitung von Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen durch lokale Friedensakteure und Pfarrgemeindegruppen	80.000,00 €
2016	Zentralamerika	Aufklärungsarbeit von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen; Vergangenheitsaufarbeitung; friedenspädagogische Bildung	102.332,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2016	Mexiko	Unterstützung der Arbeit der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in den Partnerorganisationen; Ausweitung der Arbeit auf internationale Ebene (z. B. Anklage von Verletzungen, Dialogförderung); Netzwerkarbeit	327.328,00 €
2016	Guatemala	Aufarbeitung vergangener und gegenwärtiger Menschenrechtsverletzungen	585.885,00 €
2016	Nepal	materielle Kompensation und juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen	704.900,00 €
2016	Nepal	Stärkung von Netzwerken und Vernetzung von Menschenrechtsorganisationen; Öffentlichkeits- und Advocacy-Arbeit für Menschen- und Minderheitenrechte	190.100,00 €
2016	Kenia	Verbrechensregistrierung und -dokumentation; Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen sowie deren juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung; politische Bildung	178.178,00 €
2016	Indonesien	Advocacy; Sicherheit; Ausbildung, Begleitung und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	159.243,00 €
2016	Nepal	Entwicklung einer Monitoringplattform zu Menschenrechtsverletzungen; Informationssammlung und deren öffentliche Bereitstellung	124.592,00 €
2016	Kolumbien	Verbesserung der Menschenrechtslage; Verbreitung von Informationen zur Menschenrechtslage auf nationaler und internationaler Ebene; Einhaltung menschenrechtlicher Prinzipien	140.366,00 €
2016	Kolumbien	Erhaltung und Förderung der Menschenrechte; Lobby-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit; Stärkung und Begleitung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern; Sicherheit	190.736,00 €
2016	Guatemala	Erhaltung und Förderung der Menschenrechte; Lobby-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit; Stärkung und Begleitung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	153.718,00 €
2016	Honduras	Schutzbegleitung, Vernetzung, Advocacy-, Lobby- und Informationsarbeit sowie Kapazitätsentwicklung und Sicherheitserhöhung der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger	71.656,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2016	Mexiko	Veränderung patriarchaler Muster und Strukturen durch Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie Aufrechterhaltung von Qualitätsstandards ihres Schutzes ; Schutz und Gewährleistung von Menschenrechten; Kompetenzenstärkung; Wissenstransfer	166.453,00 €
2016	Zentralafrikanische Republik/SI Flucht	Beratung der Bischofskonferenz zur Ausgestaltung der Arbeitsbereiche Menschenrechte und Friedensförderung; Aufklärung vergangener und aktueller Menschenrechtsverletzungen	70.000,00 €
2016	Vietnam	Stärkung des Menschen- und Grundrechtsschutzes durch Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Justiz	70.439,00 €
<b>2017</b>			
2017	international	„Digital Defenders Partnership (DDP) „	20.000,00 €
2017	international	Unterstützung des Freedom on the Net 2017 „Summary of Findings“ Berichts	16.399,00 €
2017	international	Regionalseminar Mexiko	9.975,59 €
2017	international	Stärkung Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung	49.478,71 €
2017	international	Konferenz in Den Haag zur weiteren Ausgestaltung der „Equal Rights Coalition“	4.496,05 €
2017	Taiwan	EU-Taiwanesisches Justiz-Kooperationsprogramm	750,00 €
2017	Ägypten/intern.	Smartphone-basierte psychosoziale Plattform für geflüchtete Menschen	50.616,14 €
2017	Äthiopien	Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung für behinderte Jugendliche	45.000,00 €
2017	international	Workshops zur IV. globalen Konferenz zu Kinderarbeit	78.020,00 €
2017	Syrien	Stärkung syrischer Frauen im Libanon zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates	51.582,42 €
2017	Indien	Verhinderung generationenübergreifender Prostitution durch Bildung	37.828,94 €
2017	Indien	Netzwerkbildung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger (Frauen-, Kinderrechte, Menschenhandel)	27.000,00 €
2017	Sri Lanka	Stärkung der Frauen in politischer Beteiligung und Führung	27.000,00 €
2017	Philippinen	Identifizierung, Dokumentation und Hilfe für Folteropfer	34.758,70 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2017	Indonesien	Sicherheits- und Schutzmaßnahmen für LGBTI/ „Sexual Orientation and Gender Identity or Expression“ (SOGIE) -Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger	55.000,00 €
2017	Pakistan	Hilfe für Opfer sexueller Gewalt	45.458,91 €
2017	Kambodscha	Stärkung der Gemeinden gegen Menschenhandel und Ausbeutung	39.766,42 €
2017	Kambodscha	Bildung eines breiten Netzwerks und Stärkung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	37.440,17 €
2017	China	Training junger Menschenrechts-Aktivisten aus der Provinz zur Stärkung der Zivilgesellschaft	43.027,17 €
2017	Nepal	Training für ehemalige Kindersoldaten, v. a. Dokumentation/Lobbyarbeit	21.832,10 €
2017	Ukraine	Binnenflüchtlinge	23.174,79 €
2017	Ukraine	Resozialisierung von jungen weiblichen Strafgefangenen	9.235,21 €
2017	Ukraine	Unterstützung der Zivilgesellschaft, Journalisten, Binnenflüchtlinge Region Charkiv	41.588,96 €
2017	Ukraine	Kreativer Protest	24.101,06 €
2017	Kasachstan	Antifolter-Projekt	49.232,04 €
2017	Moldau	Bessere psychosoziale Dienste für Gefangene	40.000,00 €
2017	Kirgisistan	Recht auf Wohnen schutzbedürftiger Bevölkerung einschließlich Minderheiten	41.936,59 €
2017	Ukraine	„Making Ukraine a more tolerant place for refugees and asylum seekers“	36.272,53 €
2017	Ukraine	„Nikolaev school mediation“ (straffällige Jugendliche)	10.812,91 €
2017	Ukraine	„My place“	33.764,05 €
2017	Chile	Frauenrechtsveranstaltungen, live im Radio übertragen	31.186,80 €
2017	Israel	Ensuring the rehabilitation of Sinai torture victims in Israel	49.270,48 €
2017	Palästinensische Gebiete	Beduinen im Gebiet östlich von Jerusalem/ Umsiedlungspläne gegen den Willen der Gemeinden	26.560,59 €
2017	Ägypten	„Expanding legal advocacy for refugees in Egypt“	17.329,17 €
2017	Irak	„Shahrazad II, advanced support for women Human Rights defenders in Iraq“	65.832,60 €
2017	Tunesien	Bürgerinnen und Bürger für den Rechtsstaat	45.161,25 €
2017	Tunesien	Umsetzung Empfehlungen VN-Antifolterausschuss (CAT) durch tunesischen Staat	27.588,91 €
2017	Russland	„Advocacy for human rights defense“	23.648,20 €
2017	Russland	„Network for protecting of citizens with mental challenges“	23.576,48 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2017	Russland	„Challenging Discrimination towards people with disabilities“	37.279,73 €
2017	Russland	„Alternative tool for the information about the Caucasus“	35.923,99 €
2017	Russland	Rechtliche Bildung für Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden, Nichtregierungsorganisationen und Studenten	51.662,88 €
2017	Russland	„Advocacy for advancement of anti extremism law enforcement“	55.105,40 €
2017	Russland	„Safe space for the work of LGBT activists“	16.827,01 €
2017	Panama	Prävention von Misshandlung und Folter im Polizeigewahrsam	45.461,51 €
2017	Mexiko	Stärkung der Rechte weiblichen Gewaltopfern im Bundesstaat Baja California Sur , Rechtszugang für Frauen mit indigenen Hintergrund	47.668,69 €
2017	Mexiko	„Protection strategies for journalists in Oaxaca“	41.110,34 €
2017	Dominikanische Republik	Prävention von intrafamiliärer Gewalt und Gewalt gegen Kinder in der Provinz Barahona und der Stadt Ost-Santo Domingo	49.558,81 €
2017	Bolivien	Meinungs- und Pressefreiheit im ländlichen Raum Boliviens	12.694,46 €
2017	Nicaragua	Prävention sexueller Gewalt	26.632,50 €
2017	international	Unterstützung der Zivilgesellschaft im UPR-Prozess	56.753,23 €
2017	international	Training von Anwälten zu VN-Mechanismen	54.624,62 €
2017	Sambia	Verbesserung der Lage Jugendlicher im Strafsystem	30.000,00 €
2017	Elfenbeinküste	Förderung und Verbreitung der Menschenrechte von LGBTI	25.000,00 €
2017	Elfenbeinküste	bessere Entschädigungsprozesse im Rahmen der Übergangsjustiz	23.900,00 €
2017	Togo	Sicherstellung Basisgesundheitsversorgung für Häftlinge	69.000,00 €
2017	Nigeria	Dokumentation von Menschenrechts-Verletzungen gegen LGBTI	4.705,34 €
2017	Nigeria	Schulungen u. a. Maßnahmen gegen Folter in Nigeria ProCAT	32.647,99 €
2017	Kamerun	Verbesserung der Rechtslage für Witwen in ländlichen Gebieten	5.591,00 €
2017	Kamerun	Stärkung der Zivilgesellschaft in ihren Grundrechten	28.773,00 €
2017	Kenia	Unterstützung zivilgesellschaftliche Organisationen beim UPR-Prozess	28.097,48 €
2017	Mosambik	Ussoholo – Kampagne zur Verhinderung von Frühehen	60.000,00 €
2017	Namibia	Studie zu angemessenem Wohnen	40.376,21 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2017	international	intern. Konferenz zu zivilgesellschaftlichen Freiräumen, Fokus auf LGBTI	13.284,00 €
2017	Montenegro	Stärkung Handlungskompetenzen LGBTI westlicher Balkan/Türkei	54.497,60 €
2017	Griechenland	Menschenrechts-Erziehung in Schulen für bessere Integration von Flüchtlingen	22.200,00 €
2017	international	Konferenz zur VN-Konvention gegen das Verschwindenlassen	24.940,00 €
2017	Botsuana	deutscher Beitrag zum Menschenrechts-Filmfestival (citizenfour)	499,99 €
2017	Türkei	„Trials and beyond“	65.342,63 €
2017	Ukraine	„Human rights advocacy and litigation“	24.306,00 €
2017	Ukraine	„Hate speech in Ukraine mass media: identification and countering“	26.286,09 €
2017	Tunesien	„Empowering and elevating voices of Tunisia, Morocco and Egypt“	54.670,44 €
2017	international	Side Event zu „LGBTI youth“ im Rahmen der Core Group	438,67 €
2017	Tadschikistan	„Women's rights protection and prevention of domestic violence“	15.837,19 €
2017	international	9. Dublin Forum for Human Rights Defenders	30.000,00 €
2017	Lettland	„Strengthening the movement“	30.000,00 €
2017	Bangladesch	umfassender Schutz sowie Trainings für Journalistinnen und Journalisten und Bloggerinnen und Blogger	63.137,52 €
2017	Bangladesch	Schulungen für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und Aktivistinnen und Aktivisten, öffentliche Diskussionsrunden	34.826,25 €
2017	Osteuropa	Tagung „Pressefreiheit und Frauenrechte in Europa“	1.470,00 €
2017	Philippinen	Reisekosten zur Teilnahme an den UPR-pre-sessions	2.030,00 €
2017	Sri Lanka	„Performing Empowerment“ – Tanzworkshops und Menschenrechts-Bildung	40.000,00 €
2017	international	Konferenz, Entwicklung von Stellungnahmen von Nationalen Menschenrechtsorganisationen zu Flucht/Migration	17.165,16 €
2017	international	Teilnahme eines Lesben- und Schwulenverbands-Vertreters an der WorldPride 2017 Madrid	845,79 €
2017	Syrien/Türkei	„Mapping of violence in Syrian detention centers“	9.130,92 €
2017	Guatemala	Menschenrechtsfilmfestival	10.000,00 €
2017	international	Side Event zur VN-Behindertenrechtskonvention (CRPD)	496,24 €
2017	Guatemala	Archivauswertungen zur Situation von LGBTI während Bürgerkrieg	11.110,00 €
2017	Chile	Seminar „Erinnerung und Menschenrechte“	3.150,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2017	El Salvador	Unterstützung aufgrund einer Kindstötung/Abtreibung inhaftierten Frauen	5.064,15 €
2017	Venezuela	Arbeitnehmerrechte/Recht auf Arbeit	12.000,00 €
2017	international	Regionalkonsultation New Delhi zu Harmonisierung „Treaty Bodies“	1.864,84 €
2017	international	Follow-up und Implementation Veranstaltung zu „Treaty Bodies“	19.413,29 €
2017	Tunesien	LGBTI-Filmfestival mit Mawjoudin	9.990,00 €
2017	international	2. Treffen des „Global Network of Rainbow Catholics“ in München	2.300,00 €
2017	Mosambik	Workshop zur Erstellung von Guidelines zu Wirtschaft und Menschenrechten	9.950,00 €
2017	Nigeria	Projekt zu Women, Peace and Security (WPS)/ Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates	19.305,82 €
2017	Nigeria	„Human Rights training for lawyers in respect of LGBTI rights“	2.966,58 €
2017	Gambia	„Supporting victims of the Jammeh regime“	23.840,00 €
2017	Sudan/Südsudan	„Documentation and litigation of Human Rights defender“	27.290,00 €
2017	Ukraine	Menschenrechts-Monitoring Ostukraine, Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen vor Ort	25.386,00 €
2017/2018	international	Privacy Workshop im Februar 2018	17.800,00 €
2017	international	Panel Event in New York zur Abschaffung der Todesstrafe	53.320,00 €
2017	international	Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern vor Repressalien	47.190,00 €
2017	Kolumbien	Unterstützung Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und am Friedensprozess beteiligte Zivilgesellschaft	212.000,00 €
2017	Honduras	Stärkung der Menschenrechte im Zuge der anstehenden Wahlen	78.910,00 €
2017	Honduras	Unterstützung der Polizei im Transformationsprozess zu Menschenrechten	50.120,00 €
2017	Mexiko	Unterstützung im Kampf gegen Straflosigkeit	188.600,00 €
2017	Sri Lanka	Zugang zu Archiven im Friedens- und Versöhnungsprozess	29.010,00 €
2017	Ukraine	Unterstützung „Human Rights Monitoring Mission Ukraine“ (HRMMU)	215.000,00 €
2017	Zentralasien	Stärkung Zivilgesellschaft und Nationaler Menschenrechtsorganisationen zur Förderung der Grundrechte	199.000,00 €
2017	Jemen	verbessertes Monitoring und Berichterstattung zu Menschenrechts-Verletzungen	149.000,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2017	international	Expertendiskussion zur Abschaffung von moderner Sklaverei	5.000,00 €
2017	international	Beitrag zum SPT-OPCAT-Fonds	117.350,00 €
2017	international	Beitrag zum VN-Folteropferfonds	20.000,00 €
2017	Syrien	„Employing cyber technology for war crimes justice“	449.999,40 €
2017	Syrien	Beitrag zum Aufbau des „International, Impartial and Independent Mechanism“ (IIIM)	1.000.000,00 €
2017	Syrien	Unterstützung der Arbeit des OHCHR zu Syrien	791.500,00 €
2017	Afghanistan	Verbesserung Justiz-/Strafverfahren für Jugendliche in Takhar	54.237,15 €
2017	Nigeria	Menschenrechtsbildung und sozio-ökonomisches Empowerment von Frauen in Zentral- und Südostnigeria (Fortführung), Zentral- und Südostnigeria	340.000,00 €
2017	El Salvador	Menschenrechtsverteidigung und Stärkung beruflicher Perspektiven für marginalisierte Jugendliche und junge Erwachsene, 3 Landkreise	200.000,00 €
2017	Mexiko	Menschenrechtsbasierter Schutz indigener und kleinbäuerlicher Territorien in Oaxaca	190.000,00 €
2017	Indonesien	Menschenrechtsarbeit in Zentraljava, Indonesien, Semarang	180.000,00 €
2017	Indonesien	Menschenrechte für West Papua bei den Vereinten Nationen; Papua, Indonesien	180.000,00 €
2017	Palästinensischen Gebiete	Menschenrechtsarbeit des „Palestinian Center for Human Rights“ in Gaza	346.000,00 €
2017	Entwicklungsländer	Menschenrechtslobbyarbeit gegen negative Auswirkungen des Extraktivismus Brasilien, El Salvador, Demokratische Republik Kongo, Philippinen	100.000,00 €
2017	Kambodscha	SEWOH Gemeinsam gegen Landraub: Stärkung der Zivilgesellschaft zur Verteidigung von Landrechten	375.000,00 €
2017	Mosambik	Lokales Saatgut bewahren und Ernährungssouveränität verteidigen, in den Distrikten Sussundenga und Gondola der Provinz Manica.	84.521,00 €
2017	Große Seen-Region	Öffentlichkeitsarbeit zur Erweiterung des gesellschaftlichen Diskurses zum Thema Menschenrechte; Ausbildung von Fachkräften sowie Aufklärung der Bevölkerung zu Menschenrechten	700.000,00 €
2017	Kenia	Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen bei der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung	1.047.996,00 €
2017	Liberia	Beratung und Ausbildung von Partnern zur Stärkung des Menschenrechtsbewusstseins; Angebot von juristischen Dienstleistungen	433.689,00 €
2017	Südsudan	Aufarbeitung von Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen durch lokale Friedensakteure und Pfarrgemeindegruppen	185.000,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2017	Zentralamerika	Aufklärungsarbeit von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen; Vergangenheitsaufarbeitung; friedenspädagogische Bildung	628.346,00 €
2017	Mexiko	Unterstützung der Arbeit der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in den Partnerorganisationen; Ausweitung der Arbeit auf internationale Ebene (z. B. Anklage von Verletzungen, Dialogförderung); Netzwerkarbeit	533.876,00 €
2017	Sri Lanka	Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen humanitäres Völkerrecht (Vergangenheitsbearbeitung)	31.884,00 €
2017	Guatemala	Stärkung der Menschenrechte; Aufarbeitung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen	1.180.000,00 €
2017	Nepal	materielle Kompensation und juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen	611.100,00 €
2017	Kenia	Verbrechensregistrierung und -dokumentation; Unterstützung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen sowie deren juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung; politische Bildung	209.350,00 €
2017	Indonesien	Advocacy; Sicherheit; Ausbildung, Begleitung und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	167.935,00 €
2017	Indonesien	Advocacy; Sicherheit; Ausbildung, Begleitung und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	77.032,00 €
2017	Nepal	Entwicklung einer Monitoringplattform zu Menschenrechtsverletzungen; Informationssammlung und deren öffentliche Bereitstellung	80.360,00 €
2017	Nepal	Entwicklung einer Monitoringplattform zu Menschenrechtsverletzungen; Informationssammlung und deren öffentliche Bereitstellung; Advocacy	52.580,00 €
2017	Kolumbien	Erhaltung und Förderung der Menschenrechte; Lobby-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit; Stärkung und Begleitung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern; Sicherheit	341.614,00 €
2017	Kolumbien	Erhaltung und Förderung der Menschenrechte; Lobby-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit; Stärkung und Begleitung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern ; Sicherheit	61.490,00 €
2017	Guatemala	Erhaltung und Förderung der Menschenrechte; Lobby-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit; Stärkung und Begleitung von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	139.330,00 €
2017	Honduras	Schutzbegleitung, Vernetzung, Advocacy-, Lobby- und Informationsarbeit sowie Kapazitätsentwicklung und Sicherheitserhöhung der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern	103.191,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.



Jahr	Land	Thema	Bewilligung
2017	Mexiko	Veränderung patriarchaler Muster und Strukturen durch Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie Aufrechterhaltung von Qualitätsstandards ihres Schutzes ; Schutz und Gewährleistung von Menschenrechten; Kompetenzenstärkung; Wissenstransfer	217.511,00 €
2017	Mexiko	Einsatz der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger für Rechte der indigenen und benachteiligten Bevölkerung; Beenden von Straflosigkeit; Schutzbegleitung; Lobbyarbeit	10.498,00 €
2017	Zentralafrikanische Republik/SI Flucht	Beratung der Bischofskonferenz zur Ausgestaltung der Arbeitsbereiche Menschenrechte und Friedensförderung; Aufklärung vergangener und aktueller Menschenrechtsverletzungen	297.000,00 €
2017	Irak/SI Flucht	Dokumentation und Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen; Begleitung von Opfern und Mitarbeitenden der Untersuchungskommission	213.356,00 €
2017/18	Thailand	Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten	400.000,00 €
2017/18	Kolumbien	„Self-Protection and Empowerment of Rural Human Rights Defenders“	518.289,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.